



Antrag auf Erstattung des Verdienstausfalls nach § 56 IfSG in Verbindung mit einem beruflichen Tätigkeitsverbot nach § 31 IfSG oder einer Absonderung nach § 30 IfSG

Wichtige Hinweise vor dem Ausfüllen

Bitte beantworten Sie alle Sie betreffenden Fragen vollständig. Sie beschleunigen damit den Ablauf des Verfahrens.

Der Antrag ist innerhalb einer Frist von 3 Monaten nach Einstellung der verbotenen Tätigkeit oder dem Ende der Absonderung einzureichen.

Empfängerinnen bzw. Empfänger von Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld müssen den Entschädigungsantrag bei der Bundesagentur für Arbeit, Regensburger Straße 104 in 90478 Nürnberg einreichen.

A) Angaben zur Person

Name

Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

Den Erstattungsbetrag bitte ich zu überweisen auf

Name der Bank

Bankleitzahl Kontonummer

BIC IBAN

Kontoinhaber/in

Sofern ein Dritter in Vorlage getreten ist

Name der Bank

Bankleitzahl Kontonummer

BIC IBAN

Kontoinhaber/in

B) Berufliches Tätigkeitsverbot

Antragsberechtigte im Sinne des § 31 Infektionsschutzgesetz – IfSG – sind Kranke, Krankheits- oder Ansteckungsverdächtige, Ausscheider und sonstige Personen, die Krankheitserreger so in oder an sich tragen, dass im Einzelfall die Gefahr einer Weiterverbreitung besteht.

Wenn eine antragsberechtigte Person ein berufliches Tätigkeitsverbot von der zuständigen Behörde erhalten hat und hierdurch einen Verdienstaufschlag erleidet, kann sie nach den Vorschriften des § 56 Abs. 1 IfSG eine Entschädigung in Geld erhalten.

Mir wurde von der zuständigen Behörde ein berufliches Tätigkeitsverbot ausgesprochen

1. Zeitdauer meines beruflichen Tätigkeitsverbots von bis

2. Ich bin berufstätig als

3. Ich habe eine Anstellung nach einem derzeit gültigen Tarifvertrag?

ja

nein

Ich bin im Besitz eines separaten Arbeitsvertrages

ja (Fügen Sie diesem Antrag bitte eine Kopie bei.)

nein

4. Mir wurde eine Ersatztätigkeit erlaubt.

ja, in folgendem Bereich:

(Bitte fügen Sie den entsprechenden Bescheid in Kopie bei)

nein

Die Ersatztätigkeit habe ich

von bis ausgeübt.

(Bitte Nachweis über Höhe des erzielten Einkommens beifügen)

nicht ausgeübt, weil (bitte ausführlich begründen, unter Umständen Beiblatt verwenden)

5. Mir wurde ein Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz erteilt

ja, von bis

nein

C) Absonderung

Nach § 56 Abs. 1 Satz 2 Infektionsschutzgesetz erhalten Personen, die als Ausscheider oder Ansteckungsverdächtige abgesondert werden, Ausscheider jedoch nur, wenn sie andere Schutzmaßnahmen nicht befolgen können und dadurch einen Verdienstaufschlag erleiden eine Entschädigung in Geld.

1. Ich wurde durch Anordnung der zuständigen Behörde in eine Quarantäne/Absonderung versetzt (Bitte entsprechenden Bescheid in Kopie beifügen)

Zeitdauer der Absonderung von bis

Ort der Absonderung

(Bitte fügen Sie den entsprechenden Bescheid in Kopie bei)

2. Ich bin zur finanziellen Absicherung bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit privat versichert. (z.B. Berufsausfallversicherung, Krankenhaustagegeld, Krankengeldzusatzversicherung)

ja (Bitte Kopien der Versicherungsverträge einsenden.)

nein

D) Allgemeines

1. Ich bin während des beruflichen Tätigkeitsverbots oder der Absonderung arbeitsunfähig erkrankt.

ja, von bis

nein

Zum Nachweis der Arbeitsunfähigkeit durch Erkrankung ist eine entsprechende Bescheinigung der gesetzlichen Krankenkasse

beigelegt wird nachgereicht

Ich bin bei einer privaten Krankenkasse versichert. (Übersenden Sie dann bitte eine Bescheinigung der behandelnden Ärztin bzw. des behandelnden Arztes.)

2. Vor Anordnung des beruflichen Tätigkeitsverbots bzw. der Absonderung bestand Versicherungspflicht bei der (bitte entsprechenden Namen einfügen)

- | | |
|---|----------------------|
| <input type="checkbox"/> Krankenversicherung | <input type="text"/> |
| <input type="checkbox"/> Pflegeversicherung | <input type="text"/> |
| <input type="checkbox"/> Rentenversicherung Bund | <input type="text"/> |
| <input type="checkbox"/> Rentenversicherung Land | <input type="text"/> |
| <input type="checkbox"/> Arbeitslosenversicherung | <input type="text"/> |

E) Höhe des Verdienstauffalls

1. Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Ein Verdienstauffall ist mir in folgender Höhe entstanden: Euro/Cent
(Bitte Lohn- bzw. Gehaltsbescheinigungen der letzten drei Monate in Kopie beifügen)

Ich habe in dem maßgebenden Zeitraum Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld erhalten.

- ja (Bitte entsprechende Belege in Kopie beifügen)
- nein

2. Bei Selbständigen

Es ist eine Bescheinigung des Finanzamtes vorzulegen, aus der der ermittelte Gewinn aus Ihrer selbstständigen Tätigkeit (Arbeitseinkommen) des Vorjahres zu ersehen ist.

Es besteht zum jetzigen Zeitpunkt oder in einem überschaubaren Zeitraum (ca. in den nächsten 6 Monaten) eine Existenzgefährdung

- ja, durch folgende Umstände
- Betriebs- oder Privatinsolvenz
 - sonstige hohe Verschuldung mit/ohne Pfändung
 - andere Gründe
- nein

Im Zusammenhang mit der Existenzgefährdung mache ich folgende Mehraufwendungen geltend: (Belege bitte in der Anlage beifügen)

Mir sind in dem maßgebenden Zeitraum weiterlaufende nicht gedeckte Betriebsausgaben entstanden

ja, in folgender Höhe Euro/Cent
(Bitte entsprechende Belege beifügen.)

nein

3. bei Heimarbeiterinnen und Heimarbeitern

Der Entschädigungsanspruch ist anhand des durchschnittlich erzielten Arbeitsentgeltes in den letzten 12 Monaten vor Einstellung der verbotenen Tätigkeit bzw. vor der Absonderung nachzuweisen.

Entsprechende Nachweise bzw. Bescheinigungen

sind beigelegt.

werden nachgereicht.

Inbesondere ist die Vorlage eines bestehenden Arbeitsvertrages in Kopie erforderlich.

F) Vorschuss

Ich beantrage einen Vorschuss auf die zu erwartende Entschädigung

ja, aus folgenden Gründen:

nein

G) Erklärung

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir gemachten Angaben.

Ort, Datum

.....

vollständige Unterschrift